

Antrag 47/II/2024**SPD Frauen Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgestellt zum 23.11.****Frühkindliche Bildung in Kitas sichern - Beschäftigte unterstützen - Belastung reduzieren!**

- 1 Wir fordern die SPD Berlin dazu auf:
- 2 • ein Koalitionsspitzenreffen zu diesem Thema ein-
- 3 zuberufen und bei der CDU Lösungsvorschläge ein-
- 4 zufordern, verbindliche, mit konkretem Zeitplan
- 5 und Ressourcen unteretzte Maßnahmen zur Ver-
- 6 besserung der Bedingungen in den Kitas vorzulegen,
- 7 • sich dafür einzusetzen, dass das Land Berlin die Ar-
- 8beitsbedingungen in den städtischen Kitas und den
- 9 Kitas der freien Träger verbessert,
- 10 • Maßnahmen aufzuzeigen, um den Personalschlüs-
- 11 sel in den Kitas zu verbessern. Auf dem Papier liest
- 12 sich eine theoretische 1:4-Betreuung im Krippenbe-
- 13 reich vielleicht gut. In der Realität ist sie weit davon
- 14 entfernt. Möglich wäre die Berechnung nach Köp-
- 15 fen (nicht Stunden), Nicht-Anrechnung von Azubis,
- 16 multiprofessionelle Teams, Einberechnung von Ab-
- 17wesenheiten wie Urlaub/Fortbildung/Dokumentation-
- 18tionen, Abbau von Dokumentationspflichten),
- 19 • die Beteiligung von Gewerkschaften bei künftigen
- 20 Verhandlungen zu Rahmenverträgen voranzutrei-
- 21ben,
- 22 • ein duales Ausbildungssystem zu prüfen und Leih-
- 23arbeit in den Eigenbetrieb-Kitas zu verhindern
- 24 • eine Bundesratsinitiative für ein Sondervermögen
- 25 Kitas zu prüfen
- 26
- 27

Begründung

29 An vielen Kitas in Berlin herrscht Ausnahmezustand. Auch

30 wenn sich in den vergangenen Jahren vieles verbessert

31 haben mag, so ist die Lage für viele Fachkräfte nicht mehr

32 zumutbar. Und sie ist für die Kinder, Familien und sorgen-

33den Personen nicht mehr zumutbar.

34

35 Zuletzt wurde auf diese Situation durch die pädagogi-

36 schen Fachkräfte von ver.di und GEW aufmerksam ge-

37 macht, die nach zahlreichen Streiktagen vor den Sommer-

38 ferien mit großer Zustimmung (ver.di 91,7 %, GEW 82 %) dem sog. Erzwingungsstreik in den Eigenbetrieben, also

39 den städtischen Kitas, zugestimmt haben. Auch wenn das

40 Landesarbeitsgericht den Streik untersagt hat, ändert das

41 nichts daran, dass die Belastungssituation in den Kitas in-

42 akzeptabel ist.

43

44

45 Wir als SPD FRAUEN Berlin erwarten, dass die SPD Berlin

46 ihrer sozialen Verantwortung in der derzeitigen Koalition

47 mit der CDU gerecht wird und jetzt handelt.

48

Vorschlag für eine Fassung AK (Olemlia)**Vorschlag Rona - Ersetzung dritter Spiegelstrich:**

- sich dafür einzusetzen, dass die Zielsetzung, die spezifischen Belastungen des Kita-Personals zu berücksichtigen, die die Gewerkschaft Verdi mit der Forderung nach einem eigenständigen Tarifvertrag verfolgt, erreicht wird, ohne dass es zu einer Ungleichbehandlung des Personals in den Kita-Eigenbetrieben einerseits und in den Kitas freier Träger andererseits kommt.

Frühkindliche Bildung in Kitas sichern - Beschäftigte unterstützen - Belastung reduzieren!

Seit mehreren Monaten kam es in Berlin immer wieder zu Streiks seitens der Beschäftigten in den landeseigenen Kita-Betrieben. Die Beschäftigten fordern langfristige Entlastungen und grundlegende bessere Arbeitsbedingungen, um den Betrieb in den Kitas und frühkindliche Bildung langfristig sicherzustellen. Konkret fordern die Gewerkschaften einen Entlastungstarifvertrag, der Maßnahmen für bessere Personalschlüssel und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vorsieht. Die Situation endet vorerst damit, dass nach mehreren Warnstreiks ein unbefristeter Erzwingungsstreik vom Arbeitsgericht nach Klage des Landes verboten wurde. Als Partei in der Tradition der Arbeiter*innenbewegung stehen wir solidarisch an der Seite der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer*innen.

Daher fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhaus und des Senats auf

- die berechtigten Anliegen der Gewerkschaft Verdi ernst zu nehmen und sich konstruktiv an die Verhandlungstische zu begeben bzw. an diesen weiterhin konstruktiv mitzuarbeiten. Der Senat soll sich insbesondere für folgende Forderungen einsetzen:
 - Reduzierung der Gruppengrößen in Kitas, um eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder sicherzustellen.
 - Einen angemessenen Ausgleich für die wachsenden Belastungen des pädagogischen Personals.
 - Anerkennung der spezifischen Belastungen des Kita-Personals durch einen eigenständigen Tarifvertrag, der die Anforderungen der Praxis in den Berliner Kitas berücksichtigt.

49 Als Sozialdemokrat:innen dieser Stadt müssen wir den
50 Fachressorts Bildung, Finanzen und dem RBM im Koaliti-
51 onsausschuss deutlich machen, dass diese Situation nicht
52 ausgesessen werden kann.

53

54 Wir erwarten klare Informationen darüber, was die fach-
55 lich zuständigen Senator:innen und ihre Senatsverwal-
56 tungen tun, um die Situation in den Kitas zu verbessern.

57

58 Dabei kann es nicht alleine bei der Ablehnung eines Ent-
59 lastungstarifvertrages bleiben.

60 Es gibt Lösungswege auch unterhalb von Tarifverhandlun-
61 gen. Wir fordern die zuständige CDU-Senatorin Günther-
62 Wünsch und den zuständigen CDU-Senator Evers auf, ver-
63 bindliche sowie mit konkretem Zeitplan und Ressourcen
64 untersetzte Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingun-
65 gen in den Kitas vorzulegen. Wir appellieren an alle Betei-
66 ligten, konstruktiv und zielorientiert Lösungen zu finden.

67

68 Als Partei der Arbeit ist uns besonders wichtig, dass die
69 Angestellten der städtischen Kitas bessere Arbeitsbedin-
70 gungen haben. Gleichzeitig führen Verbesserungen in den
71 Eigenbetrieb-Kitas auch zu Verbesserungen im gesamten
72 Kita-System. Die hohen Krankenstände in den Berliner Ki-
73 tas sprechen für sich. Wie hoch die Belastung bei den Kita-
74 Beschäftigten ist, belegt auch eine kürzlich veröffentlichte
75 Studie von Bertelsmann.

76

77 Dabei könnte beispielsweise ein wesentlicher Punkt der
78 Forderungen der Fachkräfte angegangen werden. Für die
79 Fachkräfte sind vor allem die Fachkraft-Kind-Relation-
80 nach Kopf Kind und nicht Gutscheine Stunden relevant. Die
81 Berechnung nach Gutscheinstunden führt bei vielen Teil-
82 zeitgutscheinen zu einer größeren Kinderzahl als es bei
83 einer Berechnung nach Kind der Fall wäre. Hier kann an-
84 gesetzt werden. Freiwerdende Ressourcen aufgrund von
85 Geburtenrückgängen sollten nicht abgebaut, sondern zur
86 Verbesserung der Situation in den Kitas verwendet wer-
87 den.

88

89 Jeder Euro mehr kommt bei den Richtigen an, nämlich bei
90 den Kindern - der Zukunft unserer Stadt. Zudem ist es wis-
91 senschaftlich belegt, dass von jedem investierten Euro das
92 Drei- bis Vierfache in Form höherer Steuern und Sozialver-
93 sicherungseinnahmen wieder zurückkommt.

94

95

96

97

98

99

100

101

Wir fordern die SPD Berlin, die sozialdemokratischen Mit-
glieder des Berliner Abgeordnetenhaus sowie die sozial-
demokratischen Senator*innen dazu auf:

- einen Koalitionsspitzenrunde zu diesem Thema ein-
zuberufen und bei der CDU Lösungsvorschläge ein-
zufordern, verbindliche, mit konkretem Zeitplan
und Ressourcen untersetzte Maßnahmen zur Ver-
besserung der Bedingungen in den Kitas (Eigenbe-
triebe und freie Träger) vorzulegen.
- den Runden Tisch Kitas der CDU-Senatorin Günther-
Wünsch kritisch-konstruktiv zu begleiten sowie auf
konkrete Maßnahmen, Zeitpläne zur Umsetzung
und ausreichende Beteiligung von Gewerkschaften
und Eltern-Vertretungen hinzuwirken
- sich dafür einzusetzen, dass das Land Berlin die Ar-
beitsbedingungen seiner Angestellten in den städ-
tischen Kitas verbessert.
- Maßnahmen aufzuzeigen, um den Personalschlüs-
sel in den Kitas zu verbessern. Auf dem Papier liest
sich eine theoretische 1:4-Betreuung im Krippenbe-
reich vielleicht gut. In der Realität ist sie weit davon
entfernt. Möglich wäre die Berechnung nach Köp-
fen (nicht Stunden), Nicht-Anrechnung von Azubis,
multiprofessionelle Teams, Einberechnung von Ab-
wesenheiten wie Urlaub/Fortbildung/Dokumentation,
Abbau von Dokumentationspflichten.
- die Beteiligung von Gewerkschaften bei künftigen
Verhandlungen zu Rahmenverträgen voranzutrei-
ben
- ein duales Ausbildungssystem zu prüfen und Leih-
arbeit in den Eigenbetrieb-Kitas zu verhindern
- eine Bundesratsinitiative für ein Sondervermögen
Kitas zu prüfen

—
Zur Nachvollziehbarkeit noch die nachfolgenden Anga-
ben:

Anträge aus Antragsbuch:

Antrag 24/II/2024 (Jusos LDK), Antrag 47/II/2024 (SPD
Frauen - Beschluss LaVo), Antrag 48/II/2024 (KDV Xhain),
Antrag 61/II/2024 (KDV Mitte)

Basis Antrag im LaVo beschlossen:

Wir fordern die SPD Berlin dazu auf:

- In der Koalitionsspitzenrunde zu diesem Thema bei
der CDU Lösungsvorschläge einzufordern, verbindli-
che, mit konkretem Zeitplan und Ressourcen unter-
setzte

Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen in den
Kitas vorzulegen.

102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154

- sich dafür einzusetzen, dass das Land Berlin die Arbeitsbedingungen seiner Angestellten in den städtischen Kitas verbessert
- Maßnahmen aufzuzeigen, um den Personalschlüssel in den Kitas zu verbessern. Auf dem Papier liest sich eine theoretische 1:4-Betreuung im Krippenbereich vielleicht gut. In der Realität ist sie weit davon entfernt. Möglich wäre die Berechnung nach Köpfen (nicht Stunden), Nicht-Anrechnung von Azubis, multiprofessionelle Teams, Einberechnung von Abwesenheiten wie Urlaub/Fortbildung/Dokumentationen, Abbau von Dokumentationspflichten).
- die Beteiligung von Gewerkschaften bei künftigen Verhandlungen zu Rahmenverträgen voranzutreiben
- ein duales Ausbildungssystem zu prüfen und Leiharbeit in den Eigenbetrieb-Kitas zu verhindern
- eine Bundesratsinitiative für ein Sondervermögen Kitas zu prüfen

Begründung (wurde im LaVo nicht mit beschlossen):

An vielen Kitas in Berlin herrscht Ausnahmezustand. Auch wenn sich in den vergangenen Jahren vieles verbessert haben mag, so ist die Lage für viele Fachkräfte nicht mehr zumutbar. Und sie ist für die Kinder, Familien und sorgenden Personen nicht mehr zumutbar.

Zuletzt wurde auf diese Situation durch die pädagogischen Fachkräfte von ver.di und GEW aufmerksam gemacht, die nach zahlreichen Streiktagen vor den Sommerferien mit großer Zustimmung (ver.di 91,7 %, GEW 82 %) dem sog. Erzwingungsstreik in den Eigenbetrieben, also den städtischen Kitas, zugestimmt haben. Auch wenn das Landesarbeitsgericht den Streik untersagt hat, ändert das nichts daran, dass die Belastungssituation in den Kitas inakzeptabel ist.

Wir als SPD FRAUEN Berlin erwarten, dass die SPD Berlin ihrer sozialen Verantwortung in der derzeitigen Koalition mit der CDU gerecht wird und jetzt handelt.

Als Sozialdemokrat:innen dieser Stadt müssen wir den Fachressorts Bildung, Finanzen und dem RBm im Koalitionsausschuss deutlich machen, dass diese Situation nicht ausgesessen werden kann.

Wir erwarten klare Informationen darüber, was die fachlich zuständigen Senator:innen und ihre Senatsverwaltungen tun, um die Situation in den Kitas zu verbessern. Dabei kann es nicht alleine bei der Ablehnung eines Entlastungstarifvertrages bleiben.

Es gibt Lösungswege auch unterhalb von Tarifverhandlungen. Wir fordern die zuständige CDU-Senatorin Günther-

155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192

Wünsch und den zuständigen CDU-Senator Evers auf, verbindliche sowie mit konkretem Zeitplan und Ressourcen untersetzte Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen in den Kitas vorzulegen. Wir appellieren an alle Beteiligten, konstruktiv und zielorientiert Lösungen zu finden. Als Partei der Arbeit ist uns besonders wichtig, dass die Angestellten der städtischen Kitas bessere Arbeitsbedingungen haben. Gleichzeitig führen Verbesserungen in den Eigenbetrieb-Kitas auch zu Verbesserungen im gesamten Kita-System. Die hohen Krankenstände in den Berliner Kitas sprechen für sich. Wie hoch die Belastung bei den Kita-Beschäftigten ist, belegt auch eine kürzlich veröffentlichte Studie von Bertelsmann.

Dabei könnte beispielsweise ein wesentlicher Punkt der Forderungen der Fachkräfte angegangen werden. Für die Fachkräfte sind vor allem die Fachkraft-Kind-Relation nach Kind und nicht Stunden relevant. Die Berechnung nach Gutscheinstunden führt bei vielen Teilzeitgutscheinen zu einer größeren Kinderzahl als es bei einer Berechnung nach Kind der Fall wäre. Hier kann angesetzt werden. Freiwerdende Ressourcen aufgrund von Geburtenrückgängen sollten nicht abgebaut, sondern zur Verbesserung der Situation in den Kitas verwendet werden.

Jeder Euro mehr kommt bei den Richtigen an, nämlich bei den Kindern - der Zukunft unserer Stadt. Zudem ist es wissenschaftlich belegt, dass von jedem investierten Euro das Drei- bis Vierfache in Form höherer Steuern und Sozialversicherungseinnahmen wieder zurückkommt.

Zugrunde liegende Anträge

- Antrag 24/II/2024 Jusos LDK
- Antrag 47/II/2024 SPD Frauen - Beschluss LaVo
- Antrag 48/II/2024 KDV Xhain
- Antrag 61/II/2024 KDV Mitte